

### Inhalt

|    |  |   |
|----|--|---|
| 1. | Energiestrategie 2050 im Kanton Luzern – wie weiter? .....                   | 1 |
| 2. | Aktive Grünliberale stellen sich vor .....                                   | 2 |
| 3. | Ein pragmatisches Ja zur Rentenreform 2020 .....                             | 3 |
| 4. | Nein zur kantonalen Initiative „Eine Fremdsprache auf der Primarstufe“ ..... | 4 |
| 5. | Parolen zu den Abstimmungen vom 24. September 2017 .....                     | 5 |
| 6. | Zwischenbericht – Junge Grünliberale Kanton Luzern .....                     | 6 |
| 7. | Initiativen Luzerner Kulturland – jetzt unterschreiben .....                 | 6 |
| 8. | Unsere nächsten Termine .....  | 7 |
|    | Schon gewusst .....  | 7 |

### 1. Energiestrategie 2050 im Kanton Luzern – wie weiter?

von Urs Brücker, Kantonsrat Grünliberale Kanton Luzern, [ufbruecker@bluewin.ch](mailto:ufbruecker@bluewin.ch)



Über 58 % Schweizerinnen und Schweizer sagten am 21. Mai 2017 JA zum neuen Energiegesetz der Schweiz und damit zur Energiestrategie 2050. Das ist ein deutliches Bekenntnis des Schweizer Volkes zu einer neuen Ausrichtung der Energiepolitik. Weg von fossilen Brenn- und Treibstoffen und vom stark subventionierten Atomstrom, hin zu mehr erneuerbarer Energie und zu mehr regionaler Wertschöpfung sowie Unabhängigkeit der Schweizerischen Energieversorgung. Die Energiestrategie 2050 ist aber nur ein Zwischenschritt. Ziel ist ein Lenkungssystem mit welchem Anreize geschaffen werden, damit sich Energieeffizienz und Energiesparen lohnen und der Ausstoss von CO<sub>2</sub> in der Schweiz reduziert wird. Die zweite Etappe der Energiestrategie muss deshalb möglichst rasch in Angriff genommen werden.

### Positiver Effekt auf die Debatte zum Energiegesetz des Kantons

Vor fast vier Jahren oder genau am 19. August 2013 hat der Kantonsrat den ersten Anlauf zur längst fälligen Revision des antiquierten Energiegesetzes des Kantons Luzern aus dem Jahre 1989 in erster Lesung versenkt. Ich erlebte damals meinen wohl übelsten Tag im Parlament... Nun, vier Jahre später und natürlich auch auf Druck unserer im Mai 2015 eingereichten Kantonsinitiative „Energiezukunft Luzern“ hat der Regierungsrat am 26. Juni 2017 dem Kantonsrat die Totalrevision des kantonalen Energiegesetzes vorgelegt. Das Gesetz geht in der Septembersession 2017 in die 1. Beratung im Kantonsrat. Der vorliegende Gesetzesentwurf geht zweifellos in die richtige Richtung. Die Nutzung erneuerbarer Energien, der Einsatz energieeffizienter Technologien aber auch die Umsetzung der wesentlichen Punkte der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE 2014) werden damit möglich. Einige Massnahmen im Entwurf des Energiegesetzes gehen aber bezüglich dem Anteil an erneuerbarer Energien noch zu wenig weit. Beispielsweise fehlt im Entwurf die mit unserer Initiative geforderte Verankerung, wonach ein bestimmter Anteil des gesamten Stromverbrauchs mit Photovoltaikanlagen auf dem

Kantonsgebiet produziert werden soll. Dies und andere Forderungen werden wir mit entsprechenden Anträgen in die parlamentarische Beratung einbringen.

Ob wir die Initiative zurückziehen, hängt selbstverständlich vom Ausgang der Beratung im Kantonsrat ab. Werden wesentliche Aspekte aus dem Gesetzesentwurf gekippt und unsere Forderungen nicht grösstenteils erfüllt oder das Gesetz gar abgelehnt, werden wir den WählerInnen die Möglichkeit geben, über unsere Initiative abzustimmen. Da bei Annahme des Gesetzes auch noch die Möglichkeit besteht, dass das Referendum ergriffen wird, werden wir über einen Rückzug erst nach Ablauf der Referendumsfrist entscheiden können.

## 2. Aktive Grünliberale stellen sich vor



|                                |  |
|--------------------------------|--|
| <b>Vorname und Name:</b>       | Olivier Bucheli  |
| <b>Alter:</b>                  | 43 Jahre   |
| <b>Beruf:</b>                  | Cleantech-Unternehmer  |
| <b>Wohnort:</b>                | Adligenswil  |
| <b>Lebensform:</b>             | verheiratet, 3 Kinder  |
| <b>Politische Aktivitäten:</b> | Vizepräsident glp Kanton Luzern,<br>Gründungspräsident glp Habsburg,<br>ehemaliger Gemeinderat Adligenswil |

Die glp ist für mich die Partei, welche die Werte der Freiheit und Eigenverantwortung gegen nationalkonservative Angriffe und binnenwirtschaftlichen Protektionismus verteidigt. Offen für alle Lebensformen stehen die Grünliberalen dafür ein, dass sich Talente entfalten können – von der notwendigen Familienbetreuung über den Zugang zur Bildung bis zu Start-Up freundlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die glp ist ein Forum für Politikinteressierte, welche den altgewohnten, mehr durch Geburt als Überzeugung bestimmten Parteienstreit leid sind und konstruktiv nach vorne schauen.

Der Kanton Luzern ist für mich mein Geburtsort, an den ich nach vielen Jahren im Welschen und im Ausland mit meiner Familie zurückgekehrt bin. Ich schätze die Nähe zur Familie, die Schönheiten der Gegend und die kulturellen Angebote. Auf der anderen Seite bin ich jedoch erstaunt, wie hier die Politik oft noch in Kategorien von vor hundert Jahren denkt, und spüre hier manchmal eine bleierne Schwere. Es ist unsere Herausforderung, hier etwas zu bewegen! Die grösste Herausforderung für den Kanton Luzern ist dann auch die Finanzpolitik. Die aktuelle Lage würgt sämtlichen Gestaltungsspielraum ab. Das Thema wurde so oft diskutiert, dass ich euch hierzu weitere Worte erspare... Gelöst werden könnte diese Herausforderung beispielsweise mit einer Liegenschaftssteuer, welche von der Einkommenssteuer oder Gewinnsteuer abgezogen werden kann. Sie würde von ausserkantonalen Immobilienbesitzern zusätzliches Steuersubstrat generieren und gleichzeitig eine leicht dämpfende Preisentwicklung fördern. Es wäre ein kleiner Beitrag für das grosse Thema des Kantons Luzern.

Es gibt aber auch weitere Themen, die mich sowohl beruflich (auch oft in Brüssel) wie auch mit meinem Engagement für das European Fuel Cell Forum EFCF in Luzern beschäftigen: So stehen wir am Anfang vom Ende des Verbrennungszeitalters. Elektromobilität mit Wasserstoff und Batterien, effiziente Wärmegewinnung mit Kraft-Wärmekopplung und Wärmepumpen sowie Power-to-Gas zur Energiesicherung im Sommer für den Winter gehören dazu. Investitionen in die Infrastrukturen werden benötigt – eine Chance für Luzern, sich im Tourismus und in der Wirtschaft positiv zu positionieren!

### 3. Ein pragmatisches Ja zur Rentenreform 2020

von Roland Fischer, Präsident glp Kanton Luzern, roland.fischer@grunliberale.ch



Mit einer hauchdünnen Mehrheit wurde in der Frühjahrsession die Rentenreform 2020 vom Parlament verabschiedet. Persönlich bin ich sehr froh und auch stolz darüber, dass die Grünliberale Fraktion Verantwortung übernommen und Hand dazu geboten hat, die Vorlage nicht abstürzen zu lassen. Nun gilt es dafür zu sorgen, dass die Reform auch vor dem Volk Bestand hat. Es handelt sich zwar nicht um einen grossen Wurf, aber zumindest um einen politisch mehrheitsfähigen Schritt zur Stabilisierung der Altersvorsorge bis im Jahr 2030. Nach dem parlamentarischen Hickhack über die Details der Reform geht es im Hinblick auf die Volksabstimmung nun darum, wieder den Wald statt die einzelnen Bäume zu betrachten.

Zwei Punkte sind dabei zentral: Zum einen bilden die AHV und die zweite Säule ein Gesamtsystem, das wie in ganz Europa von der demografischen Entwicklung stark gefordert ist. So wird der Altersquotient – das Verhältnis zwischen den Pensionierten und der Erwerbsbevölkerung – bis im Jahr 2045 von heute etwa 1/4 bis fast auf 1/2 steigen. Während also heute eine durchschnittliche Rente von rund vier Arbeitstätigen finanziert wird, werden im Jahr 2045 noch rund zwei Arbeitstätige für eine Rente aufkommen müssen. Der Grund für diese Entwicklung liegt im Anstieg der Lebenserwartung und in einer tiefen Geburtenquote, die deutlich unter dem für eine konstante Bevölkerungsgrösse notwendigen Niveau liegt. Nur dank der Zuwanderung wird unsere Bevölkerung überhaupt noch geringfügig wachsen.

Der zweite Punkt betrifft das Verhältnis zwischen den Generationen. Es ist unredlich von den Gegnern der Reform, ständig die Generationen gegeneinander auszuspielen. Wir sind eine solidarische Gemeinschaft und es soll daher sichergestellt werden, dass jeder Mensch eine gute Ausbildung erhält, ein gerechtes Einkommen erzielt, in das soziale Leben integriert ist und ein würdevolles Leben führen kann. Und hier spielen die Renten eine zentrale Rolle: Die Wertschöpfung, welche die Erwerbstätigen erarbeiten, wird an die RentnerInnen als inaktive Einwohner umverteilt. Jede Rente muss zuerst erarbeitet werden und das gilt sowohl für die AHV (Umlageverfahren) als auch für die Pensionskassen (Kapitaldeckungsverfahren). Die Unterschiede zwischen AHV und Pensionskasse bestehen in der konkreten Ausgestaltung der Finanzierung und der Rentenansprüche: Die AHV ist auf die Umverteilung von hohen zu tiefen Einkommen ausgelegt. Sie soll im Alter ein Mindesteinkommen garantieren. In der Pensionskasse hingegen basiert der Rentenanspruch auf dem während der aktiven Zeit selbst erwirtschafteten Einkommen. Sie soll im Alter den bisherigen Lebensstandard sicherstellen.

Die oft diskutierte Mehrbelastung der jüngeren, aktiven Generationen ist nicht durch den Gegensatz zwischen AHV und Pensionskasse, sondern durch die demografische Entwicklung bedingt. Und in dieser Hinsicht zeichnen sich wie erwähnt grosse Herausforderungen ab, die nicht nur in der Altersvorsorge, sondern auch im Gesundheitswesen und in der Pflege zu hohen Mehrbelastungen führen. Soll langfristig eine höhere Belastung pro erwerbstätige Person vermieden werden, gibt es letztendlich drei Lösungen:

1. ein höheres Rentenalter,
2. tiefere Renten, oder
3. ein stärkerer Anstieg der Erwerbsbevölkerung

Zugegeben, die Rentenreform 2020 nimmt keine dieser drei Punkte wirklich auf. Dies war aber auch nie das Ziel dieser Vorlage. Man darf nicht vergessen, dass in den letzten 20 Jahren in der Altersvorsorge mehrere Reformvorhaben gescheitert sind. Folgen davon sind unter anderem ein massives Ungleichgewicht in der Pensionskasse und eine drohende Finanzierungslücke bei der AHV. Um die beiden Sozialwerke wenigstens bis im Jahr 2030 zu stabilisieren, stehen deshalb in der Rentenreform 2020 wichtige und dringend notwendige Massnahmen im Vordergrund. Dazu gehören der tiefere Umwandlungssatz in

der Pensionskasse, die Angleichung des Rentenalters von Mann und Frau sowie die Flexibilisierung des Rentenalters. Das sind Massnahmen, welche wir Grünliberalen stets gefordert haben. Um die Reform nicht zu gefährden, stand von Anfang an die Sicherung der Renten im Vordergrund. Selbst Gegner der Vorlage betonten, dass für sie die Rentenhöhe nicht zur Diskussion steht. Alles andere wäre aus sozialer Sicht auch kaum verantwortbar. Und eine generelle Erhöhung des Rentenalters ist zurzeit schlichtweg nicht mehrheitsfähig.

Da nun weder die Renten reduziert, das AHV-Alter erhöht noch Massnahmen im Hinblick auf eine höhere Erwerbsbevölkerung diskutiert wurden, lösen beide Varianten das grundsätzliche demografisch bedingt Problem nicht. Somit könnte aus der Sicht der jüngeren Erwerbstätigen die Übungsanlage von Beginn weg als unbefriedigend betrachtet werden. Gleichwohl ist es – auch aus der Sicht der jüngeren Generationen – ratsam, der Reform zuzustimmen. Denn wie bereits erwähnt beinhaltet sie einige technisch wichtige und notwendige Verbesserungen. Ausserdem ist die Reform auf jeden Fall besser als der Status quo. Eine Ablehnung hingegen birgt die Gefahr kurzfristig höherer Kosten und wieder einer jahrelangen Reformblockade. Die höchsten Belastungen für zukünftige Generationen entstehen bei einem Verzicht auf eine Reform.

Nach der Abstimmung sind jedoch weitergehende Reformen unausweichlich. Es muss möglichst schnell eine Lösung für die Zeit nach 2030 gefunden werden. Es müssen Antworten auf die zentrale Frage diskutiert werden, welche Kombination der drei oben beschriebenen Möglichkeiten die vielschichtigen, durch die demografische Entwicklung bedingten Herausforderungen am besten lösen würde. Die grünliberale Politik zeigt bereits gute Ansätze, wohin die Reise gehen könnte: Durch eine weitere Flexibilisierung des Rentenalters, flexible Arbeitszeiten und für alle erschwingliche externe Kinderbetreuungsangebote soll dafür gesorgt werden, dass Familie, Arbeit und Freizeit gut miteinander vereinbar sind und dadurch möglichst viele Menschen möglichst lange am Arbeitsprozess teilnehmen können. Eine offene Haltung gegenüber der Migration und eine gute und schnelle Integration von Immigranten soll das Arbeitskräftepotenzial und somit die Wertschöpfung zusätzlich erhöhen. Der Freihandel und die soziale Marktwirtschaft sollen den Wohlstand sichern und so viele Menschen wie möglich daran teilhaben lassen. Und ein ausgebauter Klima- und Umweltschutz sowie der vollständige Übergang zu erneuerbaren Energien sollen sicherstellen, dass der Wohlstand nicht auf Kosten unserer natürlichen Lebensgrundlagen geht. Zunächst gilt es jedoch, auch an der Urne ein Ja für die Rentenreform 2020 zu erreichen. Dies im Sinne eines pragmatischen Ja, bei dem die Sicherung der AHV und der Pensionskassen bis im Jahr 2030 im Vordergrund steht. Und ein Ja mit dem Ziel, dass es langfristig weitere Reformen braucht, um die Alterssicherung zu stabilisieren.

#### 4. Nein zur kantonalen Initiative „Eine Fremdsprache auf der Primarstufe“

von Markus Baumann, Kantonsrat glp Kanton Luzern, qsi\_baumann@hotmail.com



Die kantonale Volksinitiative „Eine Fremdsprache auf der Primarstufe“ verlangt, dass der Unterricht in der zweiten Fremdsprache erst auf der Sekundarstufe I beginnt.

Die Grünliberalen fordern, dass der Fremdsprachenunterricht in der Schweiz zu gewährleisten hat, dass die Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit über Kompetenzen in mindestens einer zweiten Landessprache und einer weiteren Fremdsprache verfügen. Unser Ziel bei den obligatorischen Fremdsprachen auf der Primarstufe ist ein gemeinsames Modell für die Deutschschweiz ohne Alleingänge von einzelnen Kantonen, das heisst keine Insellösung. Zudem ergeben die zahlreichen Studien und Forschungsarbeiten zur Bildungspolitik kein klares Bild und sind widersprüchlich.

Welche Fremdsprache auf der Primarstufe unterrichtet werden soll, legen die Initianten nicht fest. Dies ist aber für die Stimmberechtigten entscheidend. Es ist wohl ein Zugeständnis des Initiativkomitees, dass mit der Annahme der Initiative voraussichtlich der Englischunterricht aus der Primarstufe verschwinden würde. Der Bundesrat hat das bereits angekündigt, was aber die Kompetenzen der Kantone zu stark einschränkt. Die glp will dies verhindern. Die Auswirkungen einer Annahme der Initiative auf den Lehrplan, die Wochenstundentafel sowie die Ausbildung der Lehrpersonen wären einschneidend, egal ob nun Französisch oder Englisch auf der Primarstufe unterrichtet werden würde. Der Lehrplan 21 könnte bei einer Annahme der Initiative in einem wesentlichen Punkt der Harmonisierung nicht umgesetzt werden. Die Anpassung der Wochenstundentafel führt in der Oberstufe zu einer grossen Sprachlastigkeit. Die PH Luzern würde für die ganze Zentralschweiz Fächer ausbilden, die in Luzern nicht notwendig wären, und die interkantonale Zusammenarbeit würde voraussichtlich erschwert. Die allfälligen Folgekosten für allfällige neue Lehrmittel und die notwendigen Weiterbildungen der Lehrpersonen sind aber sicher mit ein Grund, der Initiative kritisch gegenüberzustehen.

Das Sprachenkonzept mit zwei Fremdsprachen ist seit zehn Jahren ein Grundpfeiler der Volksschule und hat sich bewährt und entspricht auch der gesamtschweizerischen Sprachenstrategie. Wenn wir in der Primarschule Lektionen für Fremdsprachen abbauen würden, müssten wir umso mehr Lektionen auf der Oberstufe einplanen – dies auf Kosten der MINT-Fächer. Denn der „Kuchen“ der Wochenstundentafel bleibt gleich gross. Eine Erhöhung der Lektionenzahl liegt nicht drin und die geforderte kostenneutrale Umlagerung ist nicht möglich oder wird dann halt wiederholt anderswo innerhalb der Volksschule vom Mund abgespart.

Man muss den Sprachunterricht verbessern, nicht absägen. Es darf keine Nivellierung nach unten geben. Auch wenn die Zielvorgaben in den Sprachen nicht vollständig erfüllt werden: Die Lernenden in der Primarschule sind nicht generell überfordert mit dem Erlernen einer zweiten Fremdsprache. Die 20 Prozent der schwächeren Schülerinnen und Schüler, welche auch in anderen Fächern Mühe haben, sind individuell zu fördern oder müssen – wenn nicht anders möglich – teilweise auch von Lernzielen befreit werden. Zielführender ist auch hier sicher die Frühförderung von Kindern im Vorschulalter mit geringerem sozioökonomischem Hintergrund respektive mit eher tiefem Bildungshintergrund der Eltern. Zentral und wichtig ist und bleibt eine gute Unterstützung der Lehrpersonen. Dazu gehören neben der Weiterentwicklung der Lehrmittel auch eine fundierte und motivierende Aus- und Weiterbildung und keine weiteren Sparübungen. Der grösste Erfolgsfaktor im Sprachunterricht ist wohl die Motivation zu lernen. Kinder, die eine positive Einstellung zu Französisch und Englisch haben, erreichen auch bessere Leistungen. Zusammenfassend sind die Nachteile eines Systemwechsels für die GLP zu gross und ein möglicher positiver Effekt auf den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler nicht eindeutig absehbar. Die Initiative ist nicht überzeugend. Unser Ziel muss doch sein, dass die Schülerinnen und Schüler gerne in die Schule gehen und dass sie Lust haben zu lernen – sei es nun Mathematik, Französisch oder Englisch. Dazu braucht es möglichst optimale Voraussetzungen und Rahmenbedingungen. Die Abschaffung der zweiten Fremdsprache auf der Primarstufe ist aber sicherlich der falsche Weg.

## 5. Parolen zu den Abstimmungen vom 24. September 2017

Der kantonale Vorstand hat für die Abstimmungsvorlagen vom 24. September 2017 die folgenden Parolen beschlossen:

- **JA** zum Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit
- **JA** zur Altersvorsorge 2020 mit Zusatzfinanzierung durch Erhöhung der Mehrwertsteuer
- **NEIN** zur kantonalen Volksinitiative „Eine Fremdsprache auf der Primarstufe“

Unsere Medienmitteilung vom 29. Juni 2017 über die Parolenfassung ist [hier](#) zu finden!

## 6. Zwischenbericht – Junge Grünliberale Kanton Luzern

von Mario Cozzio, Präsident jglp Kanton Luzern, mario.cozzio@grunliberale.ch



### Parolen gefasst

Auch die jungen Grünliberalen haben an der Mitgliederversammlung am vergangenen Donnerstag ihre Parolen gefasst. Mit deutlicher Mehrheit sind wir der Meinung, dass die Annahme der Altersvorsorge 2020 der lösungsorientiertere Weg ist, als die Reform fallen zu lassen. Da das Problem der Vorsorge aber längerfristig nicht gelöst ist, und wesentliche Ungerechtigkeiten mit der Reform nicht behandelt werden (z.B. Witwen- und Witwerrente), wird eine weitere, umfassendere Reform für zwingend erachtet.

Der direkte Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheit wurde einstimmig befürwortet.

Die kantonale Volksinitiative, welche verlangt, dass nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule unterrichtet wird, lehnt die jglp Luzern entschieden ab. Zu riskant ist es, als Insel in der Kantonslandschaft dazustehen. Weiter sind wir der Meinung, dass gerade in der Primarschule ein möglichst breit gefächertes Fundament für alle Schüler gelegt werden soll, damit jede und jeder sich später gemäß individuellen Interessen und Fähigkeiten weiterentwickeln kann.

### Luzern isst Luzern

Vor kurzem wurde in Luzern ein Verein gegründet, welcher unabhängig von unserer Partei agieren soll. Ideologisch und auch personaltechnisch wird dieser Verein jedoch stark von der jglp Luzern unterstützt, sind doch mehr als zwei Drittel der aktuellen Mitglieder auch bei der Partei. Der Verein steht im Zeichen der aktiven Foodwaste Bekämpfung, einem Kernanliegen der jglp Luzern. Angelehnt an den Zweck von „Bern isst Bern“, arbeitet der Verein nun verschiedene Lösungen und Möglichkeiten aus, um dem unnötigen und unwirtschaftlichen Wegschmeißen von verzehrbaren Lebensmitteln entgegenzuwirken. Wer gerne mitmachen will, kann sich mit dem folgenden Doodle-Link zum nächsten Treffen eintragen: <https://doodle.com/poll/dsd6ud73agw8d3mn>

### Legislaturziele in Bearbeitung

Nachdem alle Ämter im Vorstand verteilt wurden und die jeweiligen Aufgaben in einem Pflichtenheft verewigt sind, erarbeiten wir in einem nächsten Schritt unsere „Legislaturziele“ bis 2020. Eine „Legislatur“ sehen wir hierbei als Zeitperiode, welche jeweils im Jahr nach den Kantons- und National- bzw. Ständeratswahlen endet. Nachdem per Mitgliederumfrage Ziele und Wünsche erörtert wurden, wird jetzt im Vorstand über deren Massnahmen diskutiert. Einige Ziele und Massnahmen sind beispielsweise einen eigenen Sitz im Grossstadtrat Luzern zu erreichen, erneut als wählerstärkste Jungpartei die Mutterpartei bei den Nationalratswahlen zu unterstützen (und die Rückeroberung des NR-Sitzes für die glp Luzern), pro Abstimmungsthema jeweils mindestens 1 Leserbrief in kantonalen und regionalen Printmedien zu publizieren etc.

## 7. Initiativen Luzerner Kulturland – jetzt unterschreiben

von Raphael Wälter, Geschäftsstelle glp Kanton Luzern, raphael.walter@grunliberale.ch

Ein überparteiliches Initiativkomitee hat zwei Initiativen lanciert, die einer Ausdehnung von Siedlungsflächen und dem Verlust von Kulturland entgegenwirken sollen. Dabei legt die Verfassungsinitiative die allgemeinen Grundsätze fest:

- Schutz der Landwirtschaft und des Kulturlandes, haushälterische Nutzung des Bodens
- Eindämmen der Zersiedelung und Schutz der Kulturlandschaften
- Siedlungserneuerung und Einordnen ins Landschaftsbild

Als Konsequenz legt die Gesetzesinitiative den Vollzug fest:

- Quantitativer und qualitativer Schutz der landwirtschaftlich nutzbaren Böden
- Festlegung des Siedlungsgebietes und Verbesserung der Kulturlandschaften mit raumplanerischen Massnahmen
- Klare Vollzugskompetenzen auch ausserhalb der Bauzonen und im ländlichen Raum



Der kantonale Vorstand der Grünliberalen hat entschieden, die Stossrichtung der Luzerner Kulturlandinitiative ideell zu unterstützen. Ausschlaggebend war, dass den Grünliberalen die Zersiedelung ein Dorn im Auge ist. Für detailliertere Informationen und zum Ausdrucken der Unterschriftenbögen lohnt sich ein Blick auf die dazugehörige Website:

[www.kulturland-luzern.ch](http://www.kulturland-luzern.ch)

## 8. Unsere nächsten Termine

- 12. Juli glp-Stammtisch
- 17. August Sitzung der Arbeitsgruppe Finanzen & Wirtschaft
- 21. August Sitzung der Kantonsratsfraktion
- 24. August Sommerapéro glp-Frauen
- 06. September Sitzung der Kantonsratsfraktion
- 07. September Ratspräsidentenfeier von András Özvegyi (glp-Grossstadtrat Stadt Luzern)
- 11./12. September Session Kantonsrat
- 12. September Fraktionsausflug
- 13. September Sitzung der Kantonsratsfraktion
- 14. September Sitzung der Geschäftsleitung
- 18. September Session Kantonsrat
- 24. September Kantonale und nationale Abstimmungen
- 05. Oktober Sitzung der Geschäftsleitung
- 11. Oktober Sitzung des Vorstandes
- 12. Oktober glp-Stammtisch
- 23. Oktober Kantonale Mitgliederversammlung

## Schon gewusst...

...dass aktive Mitarbeit bei der glp auch mit sehr wenig Zeit möglich ist? Nähere Infos gibt's bei [lu@grunliberale.ch](mailto:lu@grunliberale.ch).